Dienstag, 25. Juli 1922. **Einzelnummer 20 Mark.** 61. Jahrgang. Nr. 164.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110. 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 60.—M.
Reklameteil 180.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 4.00 M.
im Reklameteil 12.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die achte Woche.

Die Warschauer Kabinettskrise ist in die achte Woche ihres Bestehens eingetreten, und noch sind fast gar keine Aussichten auf eine baldige Lösung vorhanden. Der Verfassungsklub und die Bürgerliche Vereinigung sind dem Beispiele des Abg. Skulski gefolgt und haben erklärt, daß sich die Delegation der Linken, wenn sie im Namen des ganzen Links-Blocks auftrete, sich auch an den ganzen Block Rechts-Mitte und nicht an die einzelnen Parteien dieses Blocks wenden müßte. Die Mittelgruppen machen ihren politischen Kurs von dem Lauf der Dinge und dem Standpunkt der Linken abhängig, d. h. sie behalten sich freie Hand vor. Die Nationaldemokratie soll, wie gerüchtweise verlautet, die Absicht haben, in der Dienstag-Sitzung des Sejm einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, mit dem Vorschlag, sich an das Oberste Gericht mit der Frage zu wenden, ob die Unterschriftsverweigerung Pilsudskis der Verfassung entspricht oder zuwiderläuft. Der Antrag soll sich auf den Text des Gesetzes über das Oberste Gericht stützen, das die Bestimmung enthält, daß Konflikte zwischen Staatspräsident und Sejm vom Obersten Gericht entschieden werden. Nach einer anderen Version will der Nationale Volksverband in der nächsten Sejmsitzung den Antrag stellen, daß der letzte Beschluß des Hauptausschusses, der den Abg. Korfanty zum Ministerpräsidenten designiert, bestätigt wird. Die Mehrheit für diesen Antrag scheint in Frage gestellt zu sein, wenn auch die Wyzwolenie-Gruppe ihre weitere Teilnahme im Block der Linken zurückgezogen hat. Der Abg. Woźnicki hat im Namen der Wyzwolenie-Gruppe erklärt, daß seine Partei, wenn es zu einem Kompromißkabinett kommen sollte, keine Vertrauensmänner in das neue Kabinett entsenden werde. Die Wyzwolenie-Gruppe motiviert ihren Schritt damit, daß die Delegation der Linken ihre Vollmachten überschritten habe, da sie die Bildung einer parlamentarischen Regierung vorgeschlagen hätte, obwohl sie nur die Bildung einer unparlamentarischen Regierung, auf Initiative des Staatspräsidenten gebildet, habe vorschlagen sollen. Der Block der Linksparteien trat am Sonnabend abend zu einer Sitzung zusammen, in der angesichts der von den Zentrumsgruppen erteilten Antwort folgender Beschluß gefaßt wurde: „Der Block der Linksparteien, der die langdauernde und für den Staat so schädliche Krise zu beenden wünscht, hat sich an die Nationale Volksvereinigung, den Verfassungsklub und die Bürgerliche Vereinigung gewendet mit dem Vorschlage der Bildung einer unparlamentarischen Regierung, die im Innern des Landes und im Auslande Autorität besäße. Der Abg. Skulski hat diesen Vorschlag abgelehnt. Angesichts dessen ist der Block der Linksparteien der Meinung, daß dem Staatspräsidenten die Möglichkeit gegeben werden muß, die Initiative der Regierungsbildung und die Liquidierung der Krise in seine Hand zu nehmen."

Für und gegen Korfanty.

Warschau, 22. Juli. Die „Rzeczpospolita" und die „Gazeta Warszawska" veröffentlichen einen Aufruf, in dem die Stellungnahme der Linken und des Staatschefs verurteilt und gleichzeitig zur Demonstration am Sonntag in der Allee des 3. Mai zugunsten Korfantys aufgefordert wird. Den Aufruf unterzeichneten der Nationale Volksverband, die Christlich-Nationale Arbeitspartei, die Christlich-Nationale Volkspartei, die Nationale Frauenorganisation, die Hauptverwaltung der Gesellschaft „Rozwój", der Verband christlicher Handwerker, die Liga zum Schutze der Verfassung sowie 58 Warschauer Innungen.

Warschau, 22. Juli. In Anbetracht der Versicherungen der äußersten Rechten, daß sie beabsichtigt, dem Staatschef ihr Mißtrauen auszudrücken, versammelte sich heute um 12 Uhr mittags der Block der Linken, um gegen dieses Vorhaben eine einheitliche Stellungnahme zu beraten. Die Linke besitzt die zugesicherte Unterstützung des Bürgerlichen Klubs und des Klubs der Verfassungsarbeit. Außerdem wurden die Meinungsverschiedenheiten besprochen, die sich auf der Grundlage von Witos' Forderung, eine parlamentarische Regierung zu bilden, ergeben haben. Diese Meinungsverschiedenheiten sind so stark, daß sie den Block der Linken durch den Austritt einer oder sogar zweier Fraktionen zu sprengen drohen.

Kattowitz, 22. Juli. Das hiesige Organ der P. P. S. veröffentlicht anläßlich der Ankunft hervorragender sozialistischer Abgeordneter eine Aufforderung zur Teilnahme an der Demonstration am Sonntag gegen die Reaktion sowie gegen Korfanty.

Ein Aufruf der Beamten gegen Korfanty.

Die Zentralkommission der Berufsverbände der Staatsbeamten und -Arbeiter hat folgenden Aufruf erlassen:

„Über unseren Staat ist eine schwere Krise hereingebrochen. Die inneren politischen Zustände, die durch eine Reihe von Parteien hervorgerufen wurden, können den Rücktritt des Staatschefs zur Folge haben.

In diesem Augenblick weitgehender Folgen und drohender innerer Kämpfe, die unser Staatswesen dem Ruin entgegenführen können, sind die Staatsangestellten, sowie die Kommunal- und Privatbeamten verpflichtet, auf der Hut zu sein. In unserer Arbeit und in unserem Kampfe, den wir um unsere Existenz und um unsere Rechte geführt haben, standen wir stets auf dem Boden der Sorge um unser Vaterland. Wir haben oft unter eigenen Verlusten gern für das Wohl des Staates Opfer gebracht. Die Staatsangestellten, die Kommunal- und Privatbeamten werden wie eine Mauer zur Erhaltung der Entwicklung des Staates dastehen. Sämtlichen Gelüsten, die in ihren Folgen zur Anarchie führen könnten, müssen wir auf das energischste entgegentreten."

Der Aufruf schließt mit dem Appell, alles daranzusetzen zur Verteidigung der Demokratie und zur Bekämpfung der Reaktion, die den Staat an seiner Entwickelung hindert.

Polnische Pressestimmen.

„Czas" schreibt in einem Artikel, betitelt: „Ein Kabinett unter der Losung der Verständigung" folgendes: Die einzig möglich reale Form eines Verständigungskabinetts wäre ein Kabinett nach dem Muster des Ponikowski-Kabinetts, d. h. ein Kabinett, welches sich aus Personen zusammensetzt, die keine Parteien vertreten, die an der Politik nicht engagiert, sondern eher Fachleute ohne politische Vergangenheit sind. Zu einer Persönlichkeit solchen Typs gehörten im Kabinett Ponikowski der Ministerpräsident selbst, der Finanzminister, der Außen- und Innenminister und alle anderen außer Herrn Stesłowicz, der Mitglied einer Sejmpartei war. Dieses Kabinett konnte man am Ende seines Bestehens ruhig ein typisches Kabinett des Gleichgewichts nennen. Keine Partei konnte sich darüber beschweren, daß gegen sie regiert werde und keine sagen, daß sich das Kabinett auf sie stütze.

„Nowa Reforma" schreibt in einem Artikel unter der Überschrift: „Die Möglichkeit eines Kompromisses" folgendes: Der bisherige Verlauf der Krise setzte eine These fest, und zwar, daß keine Sejmpartei die Verantwortung für eine Krise im Belvedere übernimmt. Einzelne Parteien sagen dies deutlich, andere sagen es überhaupt nicht, denken aber daran. Sogar das eifrigste Mitglied der gegenwärtigen Rechtsparteien im Sejm wird schwankend, wenn man die Sache auf des Messers Spitze stellen wollte, und ja oder nein gesagt werden muß. In dieser Lage wird ebenso die Verminderung wie auch die offene Feindschaft gegenüber Herrn Pilsudski das gleiche Ergebnis haben und zwar, daß er im Belvedere verbleiben muß.

Die englische Presse zur Krisis.

Man hat sich bisher beschränkt, die französischen Stimmen zur Krisis wiederzugeben, die im allgemeinen für Korfanty günstig lauten. Von mindestens der gleichen Wichtigkeit aber sind die Stimmen der englischen Presse. Mit Rücksicht auf das freundschaftliche Verhältnis zu Polen halten die maßgebenden französischen Zeitungen mit ihrer wahren Meinung, was sehr wohl zu verstehen ist, noch zurück. Den größeren Freimut in ihrer Meinungsäußerung, die größere Objektivität des Urteils finden wir entschieden in der englischen Presse. Man kann nicht sagen, daß das Interesse der öffentlichen Meinung Englands an der Krise in Polen sich in einer für uns genehmen Weise zeigt. Man kann sicherlich von einer einheitlichen öffentlichen Meinung Englands sprechen, wenn zwei Blätter, die auf so verschiedenem Standpunkt stehen, wie die „Times" und „Manchester Guardian", in ihren Leitartikeln am 17. und 18. d. Mts. in denselben Ton verfallen, wenn auch mit deutlicher Abschattierung zu unseren Ungunsten in der ersteren Zeitung. Es ist der Ton der getäuschten Hoffnung. „Merkwürdige Dinge geschehen in Polen," so schreiben die „Times", „und insofern die polnische Politik hervorragende Bedeutung für den allgemeine europäischen Horizont hat, so muß man sie mit Aufmerksamkeit verfolgen. Ein Polen des Friedens, frei von jeder Alarmgefahr, ist einer der wichtigsten Faktoren, welche der Wiederaufbau Europas erheischt. Es schien auch, daß Polen nach der Epoche der übermäßigen Beschäftigung mit der Grenzpolitik endgültig in die Phase der inneren Konsolidierung eintrat."

„Manchester Guardian", der an den Besuch Skirmunts in London anknüpft, erkennt an, daß die Entwicklung der Vorfälle in Polen der Behauptung des polnischen Außenministers Bedeutung verlieh, der sagte, daß Polen alles tue, um den Weg des Friedens und der wirtschaftlichen Festigung zu beschreiten.

„Mit Bedauern," so schreibt der „Kurjer Polski", „müssen wir feststellen, daß beide Zeitungen, die sehr treffend die Gefahr der polnischen Krise einschätzen, ihre moral-politische Gestalt überschätzen, ihre Quellen zu hoch in die Berge des politischen europäischen Gedankenganges verlegen. Die „Times" suchen die Gefahr in dem zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossenen Rapallovertrag und in der Nervosität, die in Polen durch die Unberechenbareit der Vorfälle in den beiden Polen benachbarten Staaten Deutschland und Rußland hervorgerufen wurden. Von einer ähnlichen Annahme ausgehend, tut „Manchester Guardian" einen Schritt weiter und sagt über die Gestalt unserer Krise folgendes:

Polen schwankt, ob es die Friedenspolitik der bisherigen Regierung fortsetzen solle oder nicht. Beide Zeitungen erachten den event. Rücktritt des Staatspräsidenten und die Übernahme der Herrschaft durch Herrn Korfanty für einen entschieden negativen Umstand. „Times" charakterisieren die Gefahr sehr fein mit dem Ausdruck der Befürchtung, daß, mit Rücksicht auf die Vergangenheit des Herrn Korfanty, Polen die Politik der inneren Konsolidierung verlassen und wiederum das Geleise der Grenzpolitik betreten könne, bloß mit umgekehrter Orientierung als früher. Es wäre ein wahres Unglück, so schreibt „Mancher Guardian", wenn die Parteien der Rechten gerade in dem Augenblick siegen würden, wo die Truppen der Alliierten Oberschlesien verlassen. Eine tiefe Sorge tönt aus den Schlußsätzen des „Times"-Artikels, indem diese Zeitung feststellt, daß die gesamte Lage in Polen auf einen schleppenden Konflikt hinweist, der den Staat schwächt. Wenn wir, so bemerkt der „Kurjer Polski", dem Londoner Organ für die Wünsche dankbar sein müssen, daß im Interesse Polens und des Weltfriedens die Krise bald mit einem Kompromiß endige, so beweist der Artikel in sich selbst, wie weit die schleppende Krise schon unsern Staat nach außen geschwächt hat. In der merkwürdigen Parteiverbissenheit, der Verwirrung, und der allgemeinen Unlust, die sich heute in unserm öffentlichen Leben breit macht, werden vielleicht diese Stimmen von auswärts, die Stimmen der Besorgnis für Polen und der Unzufriedenheit mit ihm, in den Ohren und Gewissen jener Männer und Parteien erklingen, die für den weiteren Verlauf der Krise verantwortlich sind. Vielleicht werden sie dazu beitragen, daß diese Männer sich aus dem Zustande der Gedankens- und Willensparalyse befreien, in der sie, wie unter dem Einfluß der Einimpfung der fürchterlichen Sorge des Parteihasses und des gegenseitigen Mißtrauens beharren.

Deutschland und Belgien.

Berlin, 23. Juli. Halbamtlich werden die Gründe mitgeteilt, die zum Scheitern des deutsch-belgischen Markabkommens geführt haben, nämlich die Weigerung Belgiens, das noch nicht liquidierte Barvermögen deutscher Staatsangehörigen freizugeben und die teilweise Liquidation eines Vermögenskomplexes des freizugebenden unbeweglichen Eigentums mit den bereits vom Sequestor getilgten Schulden zu belasten.

Brüssel, 23. Juli. Die von der belgischen Regierung angedrohte Liquidierung des deutschen Eigentums stößt auf praktische Schwierigkeiten und kann vorläufig nicht durchgeführt werden.

Weitere Kämpfe in Irland.

Amsterdam, 21. Juli. Aus London wird gemeldet: Aus Limerick und Waterford in Irland werden heftige Kämpfe gemeldet. Die Beschießung Waterfords durch die Regierungstruppen begann am Dienstag abend.

Dublin, 22. Juli. Limerick ist nach langer Beschießung durch schwere Artillerie, die die Stadt nahezu dem Erdboden gleich machte, von den irischen Nationaltruppen besetzt worden.

Die Beschlüsse des Garantieausschusses.

Wie schon mitgeteilt wurde, haben die Vereinbarungen zwischen dem Garantieausschuß der Reparationskommission und der deutschen Regierung zu dem Beschluß einer Kontrolle über die deutschen Finanzen geführt. Durch diese Kontrolle soll weder die Souveränität des Deutschen Reiches angetastet werden, noch sollen Eingriffe in die Verwaltung erfolgen, noch soll das Steuergeheimnis der deutschen Staatsbürger durchbrochen werden. Der Garantieausschuß hat der deutschen Regierung eine Denkschrift überreicht, wobei ein Übereinkommen über die oben aufgestellten drei Prinzipien der deutschen finanziellen Selbständigkeit erzielt wurde. Die wichtigste Bestimmung der Vereinbarungen ist die, daß vom Reichsfinanzministerium, also von deutscher Seite selbst, eine Kontrolle über die deutschen Finanzen eingerichtet wird, was dem Garantieausschuß die Möglichkeit geben wird, sich genau zu unterrichten. Von seiten der Alliierten werden zwei Delegierte in Berlin bleiben, von denen einer die Einnahmen und einer die Ausgaben des deutschen Staatshaushaltes prüfen wird. Die deutsche Regierung wird diesen beiden Delegierten das Budget und alle Steuergesetze, nachdem sie vom Reichskabinett fertiggestellt sind, und bevor sie an die parlamentarischen Körperschaften gelangen, zur Einsicht vorlegen.

Auf eine Kontrolle der einzelnen Finanzämter der deutschen Länder hat der Garantieausschuß verzichtet. Dafür wird es durch den oben erwähnten deutschen beweglichen Kontrolldienst, der die einzelnen Landesämter bereist, auf dem Laufenden gehalten. Die Ententevertreter können sich den Reisen der deutschen Kontrolleure anschließen, erhalten jedoch keinen Einblick in die Akten der einzelnen Steuerzahler. Das Reichsfinanzministerium kann auch gegen die Inspizierungen durch die Ententevertreter schriftlichen Einspruch erheben. Eine besondere Vereinbarung betrifft die Maßnahme gegen die Kapitalflucht. Es wurde schon während der Verhandlungen mit dem Garantieausschuß anerkannt, daß in Deutschland die Bekämpfung der Kapitalflucht weniger straff durchgeführt ist als in Frankreich, was mit der stärkeren Zentralisierung des französischen Beamtenapparats zusammenhängt. Nunmehr ist vereinbart, jede Ausfuhr von Kapital aus Deutschland an eine besondere Erlaubnis zu knüpfen, bei vertrauenswürdigen Firmen, die ständig mit dem Auslande Geschäfte machen, genügt dazu eine Bescheinigung der Handelskammer. Hingegen wurde von einer Kontrolle der Devisenausfuhr aus Deutschland abgesehen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich schließlich, ihren statistischen Apparat wiederum auf den Stand der Vorkriegszeit zu bringen.

Die Aufnahme der Abmachungen in Deutschland ist zunächst zurückhaltend. Die Bedingungen werden jedoch nur dann als erträglich bezeichnet, wenn sie sich nur auf die Zeit des Moratoriums beschränken, und nicht als dauernde Kontrolle gelten sollen.

Von der deutschen Presse werden diese Beschlüsse teilweise mit Resignation, teilweise ziemlich scharf verurteilend besprochen. Der „Vorwärts" schreibt: „Von der Welt draußen ist die Einsicht zu fordern, daß keine Macht des Zwanges und der Kontrolle, die einseitig gegen einen Schuldnerstaat geübt wird, imstande ist, die Finanzwirtschaft der Welt in Ordnung zu bringen. Dringt diese Ansicht durch, dann wird die Ansicht des Garantiekomitees, wie auch manches noch Härtere, was uns bedrückt, nur eine vorübergehende Erscheinung sein." Die „Germania" verweist die Entente auf ein energischeres Mittel, Summen für die Reparation frei zu machen, als die Finanzkontrolle es ist: nämlich die Beseitigung der ungeheuerlichen Zahlungen für die Besatzungskosten.

Die „Vossische Zeitung" bezweifelt, daß die Finanzkontrolle irgendwelche neuen Entdeckungen bringen wird. Die Politiker der Ententeländer wollen ihren Völkern etwas vormachen, als ob alles zur Erfüllung des unerfüllbaren Versailler Vertrages geschehe. Es ist also eine politische Maßnahme, und nicht eine wirtschaftliche oder staatsfinanzielle. Die „Vossische Zeitung" gesteht der Entente gewiß ein Recht zu, Sicherheiten für die Erfüllung ihrer Forderungen zu verlangen. Leider sind die Ententesachverständigen jedoch absolut ideenlos. Der Reichsregierung bleibt nichts anderes übrig, als auf die Forderungen des Garantiekomitees einzugehen, da sie unbedingt das Moratorium erreichen muß. Trotz aller Angriffe gegen die Erfüllungspolitik muß sie mit Geduld weitergeführt werden. Endlich einmal werde auch in Frankreich die Tür der Vernunft sich öffnen. Der dauernd zurückgehende Frankskurs werde mehr als alles andere wirken. — Die Auffassungen im Reichswirtschaftsrat über die Wirkungen des neuen Kapitalfluchtgesetzes kennzeichnet Georg Bernhard in der „B. Z. am Mittag" dahin, daß auch dieses neue Gesetz praktisch keinen anderen Erfolg haben werde, als die bisherigen Maßnahmen. Wenn auch einzelne Kapitalflüchtige durch das Gesetz gefaßt würden, der Kapitalflucht werde man nicht Herr werden. Was die gesamten Kontrollmaßnahmen betrifft, werde vielleicht die Entsendung alliierter Beamten in das Reichsfinanzministerium den Erfolg haben, den Franzosen zu zeigen, daß es dort nichts zu entdecken gibt. Eine gründliche Sanierung der deutschen Finanzen sei eben nur durch Kredite möglich. — Das „Berliner Tageblatt" befürchtet, daß die Kontrollbefugnis die Unterlage für ein späteres Einspruchsrecht der Ententedelegierten bieten werde, und daß schließlich, wenn schon nicht das Garantiekomitee selber, so doch die Reparationskommission zwangsweise Eingriffe bei der Aufstellung des Etats ausübt. Sehr viel werde also darauf ankommen, wie die Kontrolle in der Praxis ausgeübt werde.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" spricht von Deutschlands finanzieller Versklavung. — „Rote Fahne" urteilt: „Es ist zwar in den Bestimmungen kein direktes Einspruchs- oder Verbotsrecht vorhanden. Aber in Wirklichkeit kann doch das Garantiekomitee die deutsche Regierung dazu zwingen, das zu tun, was das Garantiekomitee und die Reparationskommission wünschen." — Die „Deutsche Tageszeitung" gibt dem Memorandum die Überschrift: „Das Ende der deutschen Finanzhoheit."

Französische Kritik an den Vereinbarungen des Garantieausschusses.

Paris, 24. Juli. „Petit Parisien" schreibt, der erste Unterausschuß des Garantieausschusses scheint eine wesentliche Herabsetzung der deutschen Budgetausgaben nicht erreicht zu haben. Man habe nicht geglaubt, die Ausgaben vermindern zu können, die bestimmt wäre, die Hygiene zu vervollkommnen

oder das deutsche Eisenbahnnetz der neuen Gestaltung des deutschen Gebietes anzupassen. Der zweite Unterausschuß habe weniger eine Vermehrung von Steuern, als die Sicherstellung des Einganges der in Kraft befindlichen erreicht. Der dritte Unterausschuß soll gewisse praktische Maßnahmen gegen die Spekulation des großen Publikums vorgeschlagen haben.

Die deutsche Antwort auf die Denkschrift des Garantieausschusses.

Berlin, 24. Juli. Die Antwort der deutschen Regierung auf die Denkschrift des Garantiekomitees wurde am Sonnabend nachmittag dem Präsidenten der Delegation des Garantiekomitees überreicht. Die vom Reichskanzler unterzeichnete Antwort besagt u. a.: „Trotz der schweren Belastung, die die vorgesehenen Maßnahmen für Deutschland bedeuten, will die deutsche Regierung es auf sich nehmen, sie für die Dauer des Moratoriums auszuführen. Wenn die deutsche Regierung sich hierzu nach eingehender Überlegung entschlossen hat, so war die Erwägung bestimmend, daß durch die in der Denschrift vorgesehenen Maßnahmen die in dem bisherigen Notenwechsel über das Moratorium behandelten Fragen endgültig geregelt werden, und daß gleichzeitig damit für die Reparationskommission die Grundlage für einen Entschluß gegeben wird, der der gefährlichen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands Rechnung tragen soll." Die deutsche Regierung geht davon aus, daß die in der Denkschrift des Garantiekomitees erwähnten Bedingungen über die Nachprüfung der deutschen Finanzen in Übereinstimmung mit dem Grundsatze der Wahrung der deutschen Reichseinheit, der Aufrechterhaltung der ungestörten Verwaltung und des Schutzes des Steuer- und Geschäftsgeheimnisses ausgeführt werden soll. Was die Bekämpfung der Kapitalflucht anbetrifft, so sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, die Notwendigkeit der Durchführung der Entschließung des Obersten Rates der Alliierten vom 13. August 1921 zu betonen. Das Garantiekomitee wird gebeten, darauf in geeigneter Weise hinzuwirken.

Die Auffassung in Reichstagskreisen.

Berlin, 24. Juli. Die Auffassung der führenden Reichstagsparlamentarier ist ziemlich einhellig. Allgemein werden die Bedingungen des Garantiekomitees als äußerst drückend empfunden. Man gibt jedoch bis weit nach rechts zu, daß es sich nur um eine Ausführung der entsprechenden Artikel des Versailler Vertrages handelt. Man betrachtet das Memorandum als eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Befreiung Deutschlands von der Methode der Ultimata und Sanktionen. Man rechnet damit, daß mit dem Zustandekommen einer Anleihe, für die die Annahme der Kontrollmaßnahmen ja eine Bedingung ist, auch die Finanzkontrolle einer Revision unterzogen wird.

Die Bankiers und die Reparationen.

London, 22. Juli. Auf einem Bankett der Direktoren der Bank von England bezog sich der Schatzsekretär Sir Robert Horne auf die Unterhaltung der internationalen Bankiers über die deutsche Reparation. Er führte aus, es sei sicher, daß, ehe die Reparationsfrage zu einer endgültigen Lösung kommen werde, eine neue Zusammenberufung der Bankiers erfolgen müsse. Es werde nötig sein, daß die Leiter der englischen Banken und wahrscheinlich auch der amerikanischen Banken noch einmal einen Rat abhalten, ehe das Problem energisch in Angriff genommen werden kann, das schon außerordentliche Schwierigkeiten geschaffen habe. Was Deutschlands jetzige Lage angehe, so sei seine Kreditfähigkeit herabgesetzt, und es sei nicht gut, an die Behandlung dieser Angelegenheit heranzutreten, ohne einen genügend klaren und weitgreifenden Plan vorbereitet zu haben. Der einzige Weg, auf dem man die Frage des Problems lösen könne, sei die Schaffung einer völligen Übereinstimmung zwischen den Verbündeten über einen vollständigen Plan, der die ganze Angelegenheit auf ein endgültiges Stadium reduzieren könnte.

Die Anleihefrage.

London, 24. Juli. Der politische Mitarbeiter des „Daily Chronicle" führt aus, Frankreich habe unbedingt Geld nötig und erhoffe, daß die deutschen Reparationszahlungen solches liefern werden. Aber Deutschland sei am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt und brauche unbedingt die Anleihe der Verbündeten, aus der es an Frankreich Zahlungen leisten könne. Aber ohne daß der deutsche Kredit gehoben werde, könne eine internationale Anleihe nicht gegeben werden. Eine solche Kreditwiederherstellung könne aber nur durch die Lösung der Reparationsfrage erreicht werden, und zwar durch eine solche, die auf einer durchaus vernünftigen und praktischen Basis beruhe. Ein Moratorium könne wohl ein vorbereitender Schritt auf diesem Wege sein, und es könne auch ohne den Prozeß der Annullierung der internationalen Schulden geschehen. Ob dies aber gestatten werde, eine Wiederherstellung des deutschen Kredits ins Auge zu fassen, bleibt zu prüfen. Es sei Sache der kommenden Verhandlungen zwischen England und Frankreich.

Das deutsch-polnische Vorabkommen.

Berlin, 22. Juli. (Tel.-Un.) Wie mitgeteilt, ist als Ergebnis der bisherigen deutsch-polnischen Verhandlungen von den beiderseitigen Delegierten ein Vorabkommen abgeschlossen worden. Wie die „Tel.-Union ergänzt erfährt, wurde zunächst ein gemeinschaftliches Programm aufgestellt bezüglich der einzelnen Punkte, die auf den demnächst stattfindenden Hauptverhandlungen behandelt werden sollen. Außerdem wurde ein materielles Vorabkommen geschlossen in dem Bestreben, für die folgenden Verhandlungen eine gute Atmosphäre zu schaffen. In diesem Vorabkommen wurde folgendes bestimmt: Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die nach Polen vorliegenden Ausfuhrgesuche ebenso zu behandeln, wie die Ausfuhrgesuche nach allen übrigen Ländern. Polen seinerseits verpflichtet sich, Deutschland den Transit durch Polen nach Rußland zu gewähren. Diese beiderseitigen Verpflichtungen sollen im einzelnen noch weiter geregelt und ausgebaut werden. Im Prinzip liegen sie jedenfalls fest, und die Ausführung wird auch sofort in die Wege geleitet. Gegenseitige Verpflichtungen wurden auch getroffen seitens Deutschlands bezüglich der Durchführung des Wiesbadener Abkommens über bestimmte Pferdelieferungen und seitens Polens bezüglich aus dem Bromberger Abkommen herrührender Zahlungen für Schiffslieferungen. Die neuen Verhandlungen beginnen am 1. September, und zwar in Dresden. Teilweise sollen sie auch in Warschau geführt werden. Zunächst sind 6 Kommissionen zur Erledigung der einzelnen Fragen gebildet worden.

Forderungen der Deutsch-Amerikaner.

Chicago, 24. Juli. Die Deutschamerikaner haben auf ihrem dritten Kongreß eine Reihe von Entschließungen angenommen, die sich zum Teil mit inneramerikanischen Fragen, zum Teil aber auch mit internationalen und besonders Deutschland interessierenden Fragen beschäftigen. Sie fordern u. a.: Sofortige Revision der Verträge von Versailles und St. Germain, die den Gegnern Amerikas in flagranter Verletzung der feierlichen Versprechungen Wilsons aufgezwungen worden seien; die Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem besetzten Deutschland; möglichst baldige Auflösung der ganzen Besatzung; keine Kreditbewilligungen an Mitteleuropa, weil solche Gelder unter der Maske von Wiederaufbaumaßnahmen dazu dienen würden, den übrigen Alliierten sonst nicht einzubringende Anleihen zu beschaffen.

Die deutschen Schulden an Amerika.

London, 24. Juli. Der Korrespondent der „Times" in Washington teilt mit, daß einer der Führer der Demokraten, der Senator Unterwood, ein Gesetz eingebracht hat, auf Grund dessen die Deckung der amerikanischen Forderungen gegenüber Deutschland erfolgen sollen. Dieses Gesetz sieht die Ernennung einer amerikanischen Kommission vor, die aus 6 Mitgliedern bestehen soll. Diese Kommission wird die Aufgabe haben, sich zunächst über die Gesamtsumme der von Deutschland zu verlangenden Zahlungen schlüssig zu werden. Nach dem den gegenwärtig vorliegenden Schätzungen dürfte sich die Summe auf etwa eine Milliarde Dollar belaufen. Underwood ist jedoch der Meinung, sie könne auf 400 Millionen Dollar ermäßigt werden. Die Kommission wird sich dann damit beschäftigen, den gesamten deutschen Besitz in den Vereinigten Staaten als „deutsches Staatseigentum" zu erklären. Die Gesamtheit dieses Eigentums wird einen genügend hohen Ertrag bilden, um die Forderung der Vereinigten Staaten zu befriedigen.

Vanderlip über Europas Wiederaufbau.

Berlin, 24. Juli. Der amerikanische Finanzmann Frank Vanderlip hat sich einem Vertreter des Berliner „Lokalanzeigers" gegenüber sehr resigniert über die Wiederaufbauaussichten der deutschen und europäischen Wirtschaft ausgesprochen. Er erklärte, Hilfe wäre möglich, wenn ganz Europa plötzlich zur Vernunft käme und wenn Deutschland die Reparationszahlungen auf ein vernünftiges Maß reduziert würden. Dann würde die große Anleihe zu haben sein. Es sei aber nur sehr geringe Aussicht vorhanden, daß Frankreich den Versailler Frieden in diesem Sinne revidiert, und zwar wegen der großen Angst der Franzosen vor der deutschen Revanche. Selbst vernünftige Franzosen stünden auf dem Standpunkt: wird Deutschland erst so stark gemacht, daß es seine Reparationszahlungen prompt leisten kann, dann wird es bald so stark sein, daß es sie nicht mehr leisten wird. An dieser Klippe werden alle Verständigungsversuche scheitern.

England, Frankreich und der Orient.

Paris, 20. Juni. Man scheint in London über die letzte Orientnote Frankreichs in Regierungskreisen unbefriedigter zu sein, als es nach den Pressestimmen schien. Viele Äußerungen gewisser Parlamentarier gingen sogar dahin, daß die letzte Note aus Paris nicht geeignet sei, eine Grundlage für die erstrebte Orientkonferenz zu sein. Es erscheint fraglich, ob Poincaré bei seinem kommenden Besuche in London eine entgegenkommendere Auffassung vertreten wird, als bisher.

Zur italienischen Regierungskrise.

Rom, 21. Juli. In der Volkspartei machen sich zwei Richtungen bemerkbar. Die eine verlangt eine größere Verantwortlichkeit der Regierung, die sich auf die Mitwirkung der Sozialisten stützen müßte. Diese Richtung schlägt den Abg. Modo zum Ministerpräsidenten vor. Die andere Richtung ist für eine Regierung des Zentrums mit Orlando als Ministerpräsidenten.

Eilwese, 21. Juli. Als erster Kandidat an Stelle de Factas wird Orlando erwähnt, für das Außenministerium Bonomi und als Finanzminister Mega.

Rom, 20. Juli. Unter der Drohung der Faszisten einerseits und der von den nördlichen auf die südlichen Provinzen übergreifenden Propaganda des Generalstreiks der Arbeitermassen, die den Abzug der Faszisten aus den von ihnen eroberten Gemeinden fordern, andererseits beginnt heute abend die Befragung der Parlamentarier durch den Monarchen zwecks Lösung der Krise, die von den Populari in einer Konzentration der bürgerlichen Mitte unter Ausschlu ßder extremen Rechten und Linken gesehen wird. Als möglicher Führer wird gnannt Orlando mit Bonomi, Denassa, Meta und Aues als Mitarbeiter. Die Dauer der Krise wird voraussichtlich kurz sein.

Kabinettsbildung Orlandos?

Mailand, 22. Juli. Orlando soll bereits eine Ministerliste aufgestellt haben. Von sozialistischer Seite wird gegen seine Ernennung zum Ministerpräsidenten keine Opposition gemacht. Sie würde ein Kabinett Orlando unterstützen, wenn aus der Ministerliste hervorgehe, daß das Kabinett der gegenwärtigen Lage gewachsen sei. Aus der Presse wird bekannt, daß das neue Kabinett sich vor allem die Aussöhnung im Innern des Landes und eine strenge Sparpolitik angelegen sein lasse und die Faszistenbewegung mit maßvoller Tatkraft in den nötigen Grenzen halten müsse.

Sowjetrußland.

Die Zukunft Petersburgs.

Petersburg, 24. Juli. Der Petersburger Sowjet hat dem Allrussischen Zentralexekutivkomitee eine Denkschrift über die Zukunftsmöglichkeiten von Petersburg überreicht, worin eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen angeregt wird. Die Denkschrift bezeichnet die Rolle Petersburgs als Hauptstadt als abgetan, indessen werde Petersburg die gesamte europäische Politik beeinflussen, wenn Sowjetrußland nach Abschluß seines Wiederaufbaues dem westlichen Proletariat Hilfe bringen werde(!) — Als Industriezentrum werde Petersburg seine Bedeutung behalten und sie als Hafen- und Handelsstadt infolge der Abtrennung der Randstaaten noch erhöhen. Das zu Petersburg neigende Gebiet sei reich an Rohstoffen, und im Norden gebe es Eisenerze, die bedeutend näher liegen, als der Ural und das Donezgebiet. So habe auch die Metallindustrie Entwickelungsmöglichkeiten, wenngleich die Schwerindustrie nach den obigen Gebieten verlegt werden dürfte. Dagegen würde sich Petersburg zu einem Mittelpunkt der Holzverarbeitungsindustrie entwickeln. Der Ausfall der zum Teil ausländischen Kohlenzufuhr könne durch gesteigerte Ausnutzung der gewaltigen Torfvorräte, die bereits auf das Achtfache der Vorkriegszeit gestiegen sei, sowie der Wasserkräfte ersetzt werden.

Der Petersburger Hafen.

Riga, 24. Juli. In den ersten zwei Monaten der diesjährigen Schiffahrtsperiode, seit Anfang Mai, sind 164 Schiffe mit einer Gesamtladung von 290 000 To. im Petersburger Hafen eingelaufen, gegenüber 50 Schiffen mit einer Gesamtladung von 75 000 To. in den zwei ersten Monaten der Navigationsperiode 1921. Davon deutsche Schiffe 37, norwegische 48, englische 26, schwedische 13, amerikanische 9. Die Tiefe der Hafeneinfahrt ist bis auf 26 und mehr Fuß vergrößert worden. Zum weiteren Ausbau des Hafens würde Auslandskapital erforderlich sein. Die nach Deutschland entsandte Delegation hat, wie die wirtschaftliche „Ekonomitscheskaja Shisn" mitteilt, von deutschen Kapitalisten ein Angebot auf moderne Ausrüstung der Petersburger Hafenanlagen erhalten, doch hätten die deutschen Kapitalisten ihrerseits verlangt, daß der Petersburger Hafen zum Freihafen gemacht werde. Die Petersburger Delegation habe diesen Vorschlag abgelehnt mit dem Hinweise, daß die Instandsetzung des Hafens mit seiner Exploitierung nichts zu tun habe, die unbedingt dem Staate vorbehalten bleiben müsse.

Die Baumwollernte in Mittelasien.

Riga, 24. Juli. In Turkestan sind nach Angaben der wirtschaftlichen „Ekonomitscheskaja Shisn" in diesem Jahre nur 62 800 Desjatinen gegen etwa 100 000 im Vorjahre mit Baumwolle bestellt worden. Über die Anbauflächen in den Sowjetrepubliken Chiwa und Buchara liegen keine Daten vor. Die Ernteaussichten sind noch ungewiß, da die Monate September und Oktober Ausschlag geben. Der andauernde Rückgang der Baumwollkultur, wodurch angesichts der Erweiterung der Textilproduktion und nach Verbrauch der vorhandenen Vorräte im

---

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

(50. Fortsetzung.)

„Sie nahm eine junge, ziemlich beschränkte Magd als Kinderwärterin mit: Trine Sedlaczek."

„Haben Sie auch von der nie wieder etwas gehört?"

„Doch. Sie war sogar kurz nachher noch einmal hier in der Gegend, traute sich aber natürlich nicht ins Schloß. Ich hörte, daß sie übrigens gleich am nächsten Tage von der Gnädigen entlassen worden war."

„Wo sie jetzt ist, wissen Sie nicht?"

„Nein. Vielleicht weiß man es in ihrer Heimat. Sie stammte aus Dauba in Nordböhmen."

„Ich danke Ihnen. Ich weiß jetzt wohl alles, was notwendig ist. Wollen Sie nun so freundlich sein, Ihrem Kutscher zu befehlen, für mich anzuspannen."

„Jetzt? Mitten in der Nacht?"

„Ja. Ich möchte unbedingt den Frühzug von Prachatitz benutzen."

„Aber wozu diese Eile?"

Hempel sah den Kammerdiener ernst an.

„Um Ihren Herrn nicht eine Minute länger in Ungewißheit zu lassen, als unbedingt nötig ist! Das begreifen Sie doch, Peter Mark? Und danken Sie Gott für Ihren Entschluß, mir vertraut zu haben. Ich will Ihr Vertrauen erwidern, indem ich Ihnen gestehe, daß ich nicht der Altertümer wegen Senkenberg aufsuchte. Ich suchte eine andere Spur, und so Gott will, habe ich sie gefunden!"

XXIII.

„Nun, wie gefällt Dir mein Vetter Felix?" fragte Prosper von Rodenbach einige Tage später seine Braut, als sie im Park langsam auf und ab gingen, während die Baronin dem heute zum ersten Male auf Mauerberg erschienenen Herrn von Lavandal das Gewächshaus zeigte.

„O, ganz gut. Er scheint ein sehr netter, höflicher, junger Mann," antwortete Lisa etwas zerstreut.

„Ich brauche aber hoffentlich nicht eifersüchtig zu werden?"

„O nein."

„Du mußt nämlich wissen, daß ich sehr starke Anlagen zum Othello in mir verspüre, seit ich Dich kenne!"

„Wirklich?"

„Jawohl! Aber Scherz beiseite — ist es nicht ungerecht und töricht von Onkel Joachim, dem armen Felix immer noch nicht zu gestatten, daß er sich ihm persönlich vorstellt? Dem eigenen Neffen! Dem Gast, den er doch schließlich selbst eingeladen hat, wenn auch nur auf dessen direkte Bitte! Es ist einfach unglaublich, unhöflich!"

„Gewiß!"

Prosper blieb stehen und brach in Lachen aus.

„O nein" — „Wirklich" — „Gewiß" —, man kann bei Gott nicht weniger redselig sein als Du heute, Lisa! Und bist doch sonst so ein süßes Plappermäulchen! Was hast Du denn nur?"

Lisa wurde rot.

„Ich? Gar nichts!"

Und dann tat sie etwas echt Weibliches: sie drehte den Spieß um und begann ihm Vorwürfe zu machen.

„Warum ist er so? Weil Ihr alle Euch seine Unfreundlichkeiten gefallen läßt! Weil Ihr Feiglinge und keine Männer seid! Zum Beispiel Du! Warum hast Du nicht eines Tages ganz einfach zu mir gesagt: So — nun komme mit mir, damit ich Dich dem Onkel endlich vorstelle, ob er mag oder nicht! Denn schließlich kann er uns doch nicht fressen!"

Prosper war erst so verblüfft, daß er seine „sanfte, blonde Feenkönigin", wie er Lisa nannte, ganz stumm anstarrte.

Dann murmelte er: „Fairy-queen — Du kannst also auch Gardinenpredigten halten, wie andere irdische Frauen?"

„Natürlich. Das heißt, wenn es sein muß."

„Und diesmal —"

„Mußte es sein. Jawohl. Denn ich sehe wirklich nicht ein, was Dein Onkel sich zu ärgern hat, weil wir einander lieb haben. Du willst ihn nicht beerben, hängst nicht von ihm ab — was geht es ihn also überhaupt an?"

„Weißt Du, was ich glaube, Lisa? Daß er in seiner eigenen Ehe vielleicht nicht so glücklich war, als man denkt? Entschieden hat er ein Vorurteil gegen das ganze weibliche Geschlecht — man muß ihm verzeihen — —"

„Sehr gut! Als ob das ein Milderungsgrund wäre! Ganz im Gegenteil! Dann erst recht muß man ihn eines Besseren belehren! Ich werde das bei nächster Gelegenheit tun!"

„Diese Gelegenheit dazu will er Dir ja eben nicht geben und so wird es wohl ein frommer Wunsch bleiben!"

Ein halb belustigter, halb mitleidiger Blick aus Lisas enzianblauen Augen streifte ihn.

„O wie dumm Ihr Männer doch manchmal seid!"

„Lisa," ließ sich in diesem Augenblick der Baronin Stimme tadelnd hinter beiden vernehmen. „Wie kannst Du nur — —"

Herr von Lavandal lachte laut auf

„Ach, lassen Sie Ihre Tochter doch, Baronin! Es ist charmant, von so schönen Lippen — die Wahrheit zu hören! Cousinchen, ich gebe Ihnen recht, aber mit dem Vorbehalt! Wir werden erst dumm, wenn die Liebe zu Frauen uns dazu macht!"

„Pfui! Wie ungalant!"

„Na, nichts für ungut. Wir wollen darum doch gute Freundschaft halten, weil wir Leidensgefährten in der Ungunst Onkel Joachims sind!"

(Fortsetzung folgt.)

kommenden Wirtschaftsjahr ein Baumwollmangel entstehen dürfte, läßt gewisse Wirtschaftskreise für die Abschaffung der staatlichen Baumwolleinkaufsmonopole eintreten.

Rußlands Beteiligung an der Königsberger Messe.

Königsberg, 22. Juli. Das russische Volkskommissariat für Außenhandel hat sich, wie wir zuverlässig erfahren, damit einverstanden erklärt, daß russische Organisationen und Kaufleute zu der im August bevorstehenden Königsberger Herbstmesse reisen. In seinem Auftrage hat Herrn B. G. Oder, dem Vertreter des Königberger Meßamtes, der in Moskau vorsprach, erklärt, die Bedeutung der Teilnahme des Außenhandelskommissariats an der Königsberger Messe liege hauptsächlich darin, daß man sich in Königsberg mit den neuesten Errungenschaften auf den verschiedensten Gebieten der deutschen industriellen Produktion bekannt machen könne. Das Außenhandelskommissariat sei daher auch damit einverstanden, daß die Vertreter russischer wirtschaftlicher Organe auf der Messe Geschäftsverbindungen anknüpfen. Sämtliche Geschäfte, die auf Grund dieser Verhandlungen geschlossen werden, bedürfen jedoch der Genehmigung der russischen Handelsdelegation in Berlin. Um die Abwicklung der Geschäfte zu erleichtern, wird die Berliner Handelsdelegation eine eigene Bureaustelle auf der Königsberger Messe einrichten.

Politische Tagesneuigkeiten.

General Lerond, dem die polnische Regierung bekanntlich den Weißen Adlerorden verliehen hat, hat am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, in Anerkennung seiner großen Verdienste um die polnisch-französische Sache in Oberschlesien das Ehrenkreuz der Ehrenlegion erhalten.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung in Wien. Die Arbeitslosenunterstützung in Österreich wurde mit 3200 Kronen für den Tag festgesetzt.

Die englischen Bergarbeiter haben sich gegen die dritte Internationale erklärt. Auf dem Kongreß des Bergarbeiterverbandes, der in Blackpool stattfand, wurde dieser Beschluß mit 883 Stimmen gegen 118 Stimmen gefaßt.

Einschränkung des amerikanischen Eisenbahnverkehrs. „Chicago Tribune" berichtet, daß infolge des Eisenbahnerstreiks in den Vereinigten Staaten mehr als 150 Züge vom Programm gestrichen werden mußten. Berichten aus Washington zufolge beabsichtigt die amerikanichse Regierung, Kohle vom Ausland, besonders aus England, herbeizuschaffen.

Republik Polen.

† **Warschau**, 21. Juli. In der Donnerstagsitzung des Ministerrates wurden weitere 20 v. H. an Gehaltszuschlägen für Beamte bewilligt, so daß vom 1. August ab (rückwirkend vom 1. Juli) das Gehalt im ganzen um 40 v. H. erhöht wird.

Deutsches Reich.

** **Der 5. Studententag**, dessen Abhaltung in Marburg vom Oberpräsidenten von Hessen-Nassau wegen antisemitischer Bestrebungen verboten wurde, ist den „Frankfurter Nachrichten" zufolge nach Würzburg verlegt worden, wo er am 21. Juli stattfinden soll.

** **Der neue Regierungspräsident von Schneidemühl.** An Stelle des zurücktretenden Regierungspräsidenten von Bülow wurde der bekannte deutsche Volksparteiler, der frühere Führer der Freisinnigen Partei Dr. Wiemer, zum Regierungspräsidenten von Schneidemühl ernannt.

** **Katastrophale Finanzlage Berlins.** In der Berliner Stadtverordnetenversammlung erklärte der Stadtkämmerer Kerding: Die Verhältnisse für Berlin und alle preußischen Städte seien infolge der katastrophalen Geldentwertung geradezu verzweifelt. Den Ministerien im Reich und im Staat habe erklärt werden müssen, daß, wenn nicht in allernächster Zeit Durchgreifendes für die Städte geschehe, diese nicht wüßten, wie sie über den Zeitpunkt der Geldzahlung am 1. Oktober hinwegkommen sollen.

** **6,9 Milliarden Defizit bei der Reichseisenbahnverwaltung.** Der Abschluß des ordentlichen Haushalts der Reichseisenbahnverwaltung 1921 liegt nunmehr vor. Er ergibt eine Einnahme von 45,1 Milliarde und eine Ausgabe von 52 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag beläuft sich mithin auf 6,9 Milliarden Mark. Das ist gegenüber dem Haushaltsansatz 1921 von 10,8 Milliarden eine Verbesserung um 3,9 Milliarden und gegenüber dem Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1921 mit 15,6 Milliarden eine Verbesserung von 6,7 Milliarden. Der Fehlbetrag ist also geringer als die vom Reichsverkehrsminister neulich bekannt gegebene Schätzung. Die Verbesserung des Ergebnisses ist einerseits den Tarifenhöhungen, der günstigen Verkehrsgestaltung und der scharfen Erfassung aller sonstigen Einnahmequellen, andererseits den Erfolgen auf dem Gebiete der Ausgabenwirtschaft zu danken.

** **„Das Gewissen"**, die von Edward Stadler in Berlin herausgegebene Zeitschrift, ist vom Berliner Polizeipräsidenten auf die Dauer von 6 Monaten verboten worden. Ferner hat der Oberpräsident in Königsberg das „Oberländer Volksblatt" in Pr.-Holland wegen eines Artikels „Die Unbelehrbaren", der eine öffentliche Beschimpfung der republikanischen Staatsform und der Regierung enthalten haben soll, auf drei Wochen verboten.

Erlebnisse deutscher Ansiedler.

Zweites Erlebnis.

Vor dem Pastor Willigmann in Lissa erschienen am 17. Juli d. Js. vier Ansiedler aus Robatschin (Wilhelm Friehe, August Körtner, Wilhelm Bunse, Simon Brand) und gaben folgendes zu Protokoll:

„Heute morgen, dem 17. Juli 1922, erschien bei jedem von uns unser schon seit Wochen eingesetzter Zwangsverwalter, offenbar nach Verabredung untereinander oder auf Anweisung irgendeiner dienstlichen Stelle und hat bei uns die Pferdeställe, Scheunen, Gärten, Heuböden verschlossen und vernagelt und erklärt, daß sich die Zwangsverwalter von heute ab als die Herren und Besitzer ansehen und uns, die rechtmäßigen Besitzer, nur noch als ihre Untergebenen und Arbeiter ansehen, die auf dem bisherigen Grund und Boden nichts mehr zu sagen hätten, sondern nur noch Befehle von ihnen entgegenzunehmen hätten. Wir könnten zwar als ihre Knechte weiter arbeiten und würden auch Tagelohn empfangen, wir dürften aber nicht einmal mehr aus unseren Vorräten unser Mittagessen bereiten, sondern müßten das an den Zwangsverwalter bezahlen. Mir, dem Ansiedler Körtner, hat der Zwangsverwalter auch die Scheune verschlossen, in der ich bisher mit meiner Frau geschlafen habe. Ich weiß nicht, wo ich die kommenden Nächte mit meiner Frau schlafen soll, da mir von meinem ganzen Hause zwei Zimmer belassen sind. In diese sind aber alle Möbel aus dem ganzen Hause zusammengestellt und werden außerdem von meinen fünf Kindern als Schlafraum benutzt. Das Verfügungsrecht über mein Vieh hat er mir gnädigst gestattet, aber ich darf nichts davon verkaufen, soll aber das Futter aus meiner rechtmäßigen, vorjährigen Ernte, bezahlen. Ich soll also nicht nur keinen Nutzen, sondern obendrein Schaden haben."

Ansiedler Simon Brand erklärt: „Meine beiden 19- und 21jährigen Söhne schliefen schon seit dem 2. Juni in der Scheune. Heute hat der Zwangsverwalter die Scheune zugeschlossen. Auf meine Frage, wo in den mir belassenen Zimmern noch ein Plätzchen für ein bzw. zwei aufzustellende Betten wären, hat er einfach die Achseln gezuckt. Mein Vieh hat er mir gestattet zu verkaufen. Er selbst wollte die Pferde kaufen, aber nicht gleich bezahlen. Das Futter für das Vieh soll ich aber in jedem Falle bezahlen, obwohl es aus der vorjährigen Ernte stammt und also mein Eigentum ist."

Der Ansiedler Wilhelm Friehe erklärt: „Meine Pferde will der Zwangsverwalter ohne sie mir zu bezahlen, der selber nicht einmal das Schwarze unter dem Fingernagel als Besitz mitgebracht hat, selbstverständlich vor den Pflug spannen und für alle Arbeit verwenden. Was wir verbrauchen, müssen wir alles bezahlen. Nicht einmal eine Kartoffel aus dem Garten dürfen wir uns holen."

„Wir vier Unterzeichneten erklären, daß die letzte Bemerkung jeder unserer Zwangsverwalter uns gegenüber geäußert hat. Wir alle vier haben einen schriftlichen Ausweis verlangt, aus dem hervorginge, daß die Zwangsverwalter von irgend einer Behörde seit dem heutigen Tage als rechtmäßige Besitzer eingesetzt sind. Aber uns wurde weder etwas Schriftliches gezeigt noch ausgehändigt. Darauf haben wir erklärt, daß wir uns den Anordnungen des Zwangsverwalters nicht fügen können und uns nach wie vor als die rechtmäßigen Besitzer unseres Grundstücks betrachten."

Eine gerichtliche Vorladung hat von den vier betroffenen Ansiedlern nur einer (Körtner) bekommen (Termin am 28. Juli), die anderen drei nicht.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 24. Juli.

Das Unwetter.

Der Danziger Wetterprophet G. Paulwitz hat recht behalten, wenn er für die Zeit um den 24. Juli neue Regengüsse prophezeite. Gestern nachmittag entlud sich ein schweres Gewitter über der Gegend. Heute nacht wiederholten sich Donnerschläge und Regengüsse. Strichweise fiel Hagel, dessen Körner ungewöhnliche Größe zeigten, an manchen Orten, z. B. in Tarnowo, Kreis Posen-West, wurden dadurch zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert. In Rokietnica richtete der Hagelschlag auf den Feldern des Gutes, besonders im Hafer, große Verheerungen an. In der Nähe des Bahnhofs Rokietnica wurden mehrere große Pappeln entwurzelt und aufs Feld bezw. auf die Straße geworfen. An manchen Orten wurden Ziegel von den Dächern abgedeckt, so daß Lücken entstanden, durch die der wolkenbruchartige Regen in die Wohnungen hineinströmte. In Seeberg (Groß Chrzypsko), Kr. Birnbaum, schlug der Blitz kurz vor Beginn des Nachmittagsgottesdienstes in die Kirche ein, glücklicherweise ohne Schaden anzurichten. In Tarnowo, Kr. Posen-West, warf sich der Sturm gleichfalls während des Nachmittagsgottesdienstes mit solcher Gewalt auf das Kirchendach, daß eine große Anzahl von Ziegeln unter gewaltigem Gepolter auf den Boden der Kirche fielen. Dies erregte das Entsetzen mancher Andächtigen, auf welche auch die gleichzeitige starke Verfinsterung des Himmels den Eindruck machte, als gehe die Welt unter. Stellenweise wurden Ausflügler, welche bei der drückenden Hitze Erholung und Abkühlung in der freien Natur oder durch ein Bad in einem unserer schönen Seen gesucht hatten, vom Regen überrascht. Wenn keine menschliche Wohnung in der Nähe war, in der sie hätten Obdach suchen können, so waren sie in wenigen Minuten bis auf die Haut durchnäßt. Von ihren Mitmenschen mit Neugier und Schadenfreude betrachtet, eilten sie ihren Wohnungen oder dem nächsten Gasthaus zu, um ihre Kleider zu wechseln oder durch einige Tassen warmen Kaffees einer Erkältung vorzubeugen.

Eine Korfanty-Versammlung,

die von den Nationaldemokraten, den Christlich-Demokraten und der Stadtbürgerpartei einberufen worden war, fand am Sonntag, dem 23. Juli, mittags 12 Uhr, im Zoologischen Garten statt. Nach mehreren Ansprachen würde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 23. Juli versammelten Bürger und Bürgerinnen der Stadt Posen beschließen:

1. Die Verweigerung der Unterzeichnung der Liste der Regierung Korfanty durch den Staatspräsidenten und die Verweigerung der Zusammenarbeit mit diesem treuen und unerschrockenen Sohne des oberschlesischen Volkes, der durch die Sejmmehrheit zum Ministerpräsidenten designiert worden ist, steht mit dem geltenden Recht im Widerspruch und versetzt den ganzen Staat in einen Zustand von Rechtlosigkeit und Disharmonie.

2. Das Land daran erinnernd, daß Pilsudski durch den verfassunggebenden Sejm zum Staatspräsidenten unter Bedingungen berufen worden ist, die in der sogenannten Kurzen Verfassung vom 20. Februar 1919 enthalten sind, und daß Pilsudski an diesem Tage im Sejm feierlich gelobte, daß er der Vollstrecker des Sejmwillens sein werde, stellen die versammelten Bürger einmütig fest, daß dieses Versprechen von dem Staatspräsidenten bei der gegenwärtigen Krise nicht gehalten wird. Die Versammelten protestieren gegen eine so offenkundige Vergewaltigung der Verfassung und das Mit-Füßen-Treten der Grundsätze der Demokratie.

3. Die Versammelten verurteilen das Verhalten der Linksparteien, die die verfassungswidrige Tätigkeit des Staatspräsidenten unterstützen, und machen sie gleichzeitig für alle inneren Schäden und Folgen nach außen verantwortlich, die diese beispiellose Krise unserm Vaterlande bereitet.

4. Die Versammelten sprechen dem Ministerpräsidenten Korfanty und seiner Regierung ihr vollkommenes Vertrauen aus, sagen ihre warme Unterstützung bei der schwierigen Arbeit zu und fordern gleichzeitig die Mehrheit der nationalen Parteien auf, weiter in der Verteidigung des Rechts und der Verfassung gegen die Rechtlosigkeit und den Eigenwillen auszuharren, da von dem Gewinnen dieses Kampfes die Dauerhaftigkeit, das Ansehen und der gute Name des polnischen Staates abhängen.

5. Die Versammelten fordern alle Abgeordneten der nationalen Mehrheit auf, in der nächsten Sejmsitzung dem Staatspräsidenten ihr Mißtrauen auszusprechen."

Fall der Getreidepreise in Lemberg und Bialystok? Nachrichten aus Lemberg melden, daß dort die Getreidepreise um 50 Prozent gefallen seien; das gleiche wird jetzt auch aus Polesien berichtet. In der Umgegend von Bialystok fiel der Preis für Roggen von 3200 auf 2600 M., für Weizenmehl um 400 M. pro Pud (etwa 16½ Kilo). In dortigen Bäckereien wird infolgedessen das Pfund Brot für 80 M. — in Piaski bei Bialystok für 75 M. — verkauft. Die Bäcker verkündeten, daß nach der Ernte ein weiteres Sinken der Preise eintreten werde. In den folgenden Tagen fiel der Roggenmehlpreis weiter um 200 M. für das Pud. Nach dem „Dziennik Bydgoski" ist die Ursache des Preissturzes vor allen Dingen darin zu suchen, daß die neue Getreideernte sehr gut zu werden verspricht. Die zweite Ursache des Preissturzes dürfte die sein, daß nach dem Abschluß des Vertrages von Rapallo die polnische Regierung anfing, große Getreidevorräte anzukaufen, was ein bedeutendes Steigen der Preise nach sich zog. Gegenwärtig aber hat sich die Lage insoweit geändert, als die Regierung nicht nur ihre Getreideankäufe eingestellt hat, sondern, wie verlautet, sogar beabsichtigt, ihre bisherigen Vorräte auf den Markt zu werfen. Die Großhändler sollen angeblich gleichfalls aufgehört haben, Getreide für ihre Lager einzukaufen. Hoffentlich bewahrheiten sich diese Nachrichten, und es wird die Preisermäßigung sich auf Westpolen ausdehnen.

Ein Einbruchsdiebstahl ist im Hause der ul. Bukowska (Buker Straße) 21 verübt worden. Es wurden gestohlen: ein Bezug, ein Laken, eine Decke und ein Handtuch im Gesamtwert von 38 000 M.

In einen Konfitürenladen in der ul. Wjazdowa (Am Berliner Tor) sind vom Hofe aus Einbrecher eingedrungen und haben Schokolade (Fuchsschokolade) und Konfitüren im Werte von 10 000 Mark gestohlen.

Der geprellte Badegast. Einem Herrn, ul. Pocztowa (Friedrichstraße) 13 wohnhaft, sind während es Badens in der Zeidlerschen Badeanstalt 13 000 M. entwendet worden.

Der entsprungene Fürsorgezögling Ludwig A. ist der Fürsorgeanstalt in Antoniewo wieder zugeführt worden.

hm. **Buk**, 20. Juli. Das Elektrizitätswerk hat wegen auszuführender Reparaturarbeiten, Reinigen der Dampfkessel und Aufstellung neuer Akkumulatoren, den Betrieb auf die Dauer von etwa 6 Wochen eingestellt; hierdurch ist die Straßenbeleuchtung vollständig außer Betrieb gesetzt, und die Stadt befindet sich in unangenehmer Finsternis, was dem lichtscheuen Diebesgesindel bereits Veranlassung zur Ausübung ihres Gewerbes gegeben hat. Durch die Betriebseinstellung des Elektrizitätswerkes ist auch das damit in Verbindung befindliche Dampfsägewerk außer Tätigkeit, und etwa 40 Arbeiter mußten entlassen werden. — Der größte Teil der hier für städtische Bauzwecke gestrichenen Rohziegel ist durch die in der vorigen Woche niedergegangenen Regenmassen aufgelöst und fortgeschwemmt worden.

Sport und Jagd.

Der Fußballmeister des D.-O. K. Poznań, die Mannschaft des 58. Infanterie-Regiments, schlägt den Meister Großpolens, „Warta", mit 2:1 (1:0)!

Die genannten Mannschaften traten sich am gestrigen Sonntag bei günstigem Wetter gegenüber. Bei den 58ern viele Spieler aus „Pogoń". „Warta" ohne Olszewski und Einbacher, der seit langer Zeit wieder zum ersten Male auf der Bildfläche erschien, aber bei den Gegnern spielte.

In der ersten Halbzeit ist „Warta" etwas überlegen, kann aber die Überlegenheit nicht zahlenmäßig zum Ausdruck bringen. Der Gegner wird zuweilen gefährlich, wird aber im Schach gehalten. Auf der anderen Seite fegt manch scharfer Ball, von den Grünen geschossen, über den Kasten, geht daneben ins „out" oder ruht in den sicheren Händen des Torwächters der 58er. „Warta" führt gute Kombinationen durch, doch die gegnerische Verteidigung steht ihren Mann. Die 58er ihrerseits machen ernste Vorstöße, die aber nichts einbringen. Doch 5 Minuten vor der Pause fällt bei einem Eckball, der haarscharf vors Tor der Grünen geschossen wird, das erste Tor für die 58er, ein Drängeltor. 1:0. So bleibt es bis zur Pause. Bei Wiederbeginn wird die Überlegenheit von „Warta" immer sichtbarer. Doch „Fortuna" ist nicht auf ihrer Seite. In der 14. Minute placiert wohl Kosicki einen wegen „Hand" gegebenen Elfmeterball sicher in die linke Ecke; aber damit ist es auch Schluß. In der 22. Minute bricht Einbacher mit Eleganz durch und sendet unhaltbar zum entscheidenden Tore ein. Die 58er sind mit 2:1 in Führung und lassen sich das Zepter nicht mehr aus der Hand reißen. Es hagelt nur so mit Ecken zugunsten der Grünen; jedoch geht der Kelch an den 58ern immer wieder vorbei. „Warta" muß sich als geschlagen bekennen.

Die 58er haben wohl einzelne hervorragende Spieler; was aber das Zusammenspiel, auch die Technik, betrifft, so sind die Grünen ihnen zweifellos überlegen. Der beste Teil der Mannschaft von „Warta" war wie fast immer die Läuferreihe: Janicki, Kosicki, Spojda. Die Stürmerreihe tat, was sie konnte. Die Verteidigung war schwach, der Tormann gut. Unter den Zuschauern konnte man einige höhere Offiziere bemerken. Schiedsrichter war Herr Adamski von der hiesigen „Pogoń". Die Musikkapelle der 58er begrüßte jedes geschossene Tor mit einem Tusch. Das Publikum verfolgte das in einem scharfen Tempo geführte Spiel mit sichtlichem Interesse.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	22. Juli	24. Juli
4% Pos. Pfandbriefe mit poln. St.	95 + N	—,—
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	—,—	130 + A
Bank Poznański	—,—	160 + N
Bank Przemysłowców (exkl. Kup.)	200 + A	200 +
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-IX. Em.	220 + N	220 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	195 + N	195—200 + A
R. Barcikowski	195 + A	180 + A
Browar Krotoszyński	—,—	1200 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	185 + N	190 +
Centrala Skór	275 + N	280 +
Herzfeld-Viktorius	365—375 + A	370 + N
Juno	335—340 + N	335—340 + N
Dr. Roman May	—,—	865—870 + N
Młyny i Tartaki Wągrowieckie	—,—	400 + N
Patria	—,—	480—485 + N
Tkanina	—,—	360 +
Tri (exkl. Kup.)	180—185 + N	—,—
Ventzki I. Em.	560—570 + N	575—580 + N
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	—,—	200 + A
〃 〃 III. Em.	175 +	170 +
Zjedn. Browary Grodziskie	200 +	215—210 + N

Auszahlung Berlin 12^20^—12^10^. Umsatz: 1 821 000 dtsch. Mark.
A. = Angebot, N. = Nachfrage, + = Umsatz.

= **Danziger Börse vom 24. Juli.** Polnische Mark 8,25, Dollar 499.

Verantwortlich: für Politik und Handel: J. V. Theodor Kania; für Lokal- und Provinzialzeitung, Kunst und Wissenschaft: J. V. Dr. Martin Meister. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Die Geburt eines

Sohnes

beehren sich anzuzeigen [8169

Kurt Richter,
Eva Richter, geb. le Viseur.

Gräfelfing bei München, am 22. Juli 1922.
Ruffini-Allee 6.

Am 14. d. Mts. verstarb nach kurzem, aber schwerem Krankenlager, fern von ihrer Heimat, wo sie zum Schulbesuch weilte, unser liebes Töchterchen, Schwesterchen, Enkelchen und Nichte

Lotte Schwabbauer

im Alter von 7 Jahren und 4 Monaten.

Die tiefbetrübten Angehörigen.
Familie Schwabbauer und **Bartels.**

Lenartowice, Kreis Pleschen,
Gröningen, Bezirk Magdeburg.

Die Beerdigung fand am 18. Juli in Gröningen statt. [8160

Am 22. d. Mts. entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater, der

Wirtschaftsinspektor a. D.

Samuel Zippel

im Alter von fast 85 Jahren.

In tiefem Schmerz:
Die trauernden Hinterbliebenen.

Wielkie Siekierki, den 22. Juli 1922.

Beerdigung: Dienstag, den 25. Juni, nach 6 Uhr vom Trauerhause aus. [8152

Die **freiwillige Versteigerung**

beim Ansiedler **Jungemeyer, Chludowo,** Kreis Posen-Ost, findet [8150

Dienstag, den 25. Juli,

vormittags 10 Uhr statt und **nicht am 26. d. Mts.**

Harder'sche

Kartoffel-Ausgraber

Kartoffel- | Rüben- **Gabeln**

offeriert [8146

Woldemar Günter

Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,

Poznań, ulica Sew. Mielżynskiego Nr. 6 (früher Viktoriastraße.) — **Telephon 52-25.**

Für Auswanderer!

Gr. Eckhaus in **Nordhausen (Harz),** Gastwirtschaft, Kolonialwarenhandlung, Fleischerei, l. vermietet, nebst großem Inventar umständehalber d. Besitzer sobald zu verkaufen. 4-Zimmer-Wohnung am 1. 10. frei. Gelegenheitskauf. Preis 660, Anz. 500 Mill. Off. bis 3. 8. unt. **W. B. 8166** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Kondenstopf,

Durchgang 125 bis 150 mm, sofort zu kaufen gesucht. Off. unter **8157** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Dampfpflug-Apparat,

v. Rud Sack, kompl., 12 P. S.
von 1918 hat abzugeben, auch gegen Teilzahlung.

G. Scherfke, Masch.-Fabrik
Poznań, ul. Dąbrowskiego 93.

Prima Kamelhaar-Dreschtreibriemen

liefern sofort [8091

Sander & Brathuhn,

Poznań, ulica Sewerhna Mielżyńskiego 28.
Telephon 4019.

Bekanntmachung.

Hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß mit dem 22. Juli d. Js. der Urząd Węglowy byłej dzielnicy pruskiej endgültig aufgelöst und geschlossen worden ist. Sämtliche Korrespondenz, die den Urząd Węglowy b. dz. pr. betrifft, ist von heute ab an den Państwowy Urząd Węglowy w Warszawie, ul. Jasna Nr. 1, zu richten.

Urząd Węglowy byłej dzielnicy pruskiej

w likwidacji. [380

Frühkartoffeln

Lupinen, gelbe und blaue, sowie sämtl. Kleesaaten, auch alte, kaufen

Polaczek i Lisiewski

Saaten- und Kartoffel-Großhandlung

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.

Telegr.-Adr.: Polaczek Lisiewski. Telephon 1650, 5320. (381

Pappdächer .·. Teerungen

— bei Garantieübernahme —
sowie sämtliche Dachreparaturarbeiten

Steinkohlenteer, Klebemasse, Dachpappe, Pappnägel u. Teerbürsten in Friedensqualität liefert

Baumeister **K. Günther,** Poznań, Towarowa 21. Tel. 2945. Gegr. 1908.

Spezialgeschäft für Pappdächer.

Telegr.-Adr.: **Teerguenther-Poznań.** 574

Rittergüter

Güter, Landwirtschaften, Geschäftshäuser, Fabriken, Sägewerke, Wasser-, Motor-, Dampf- und Windmühlen, Villen, Bäckereien, Fleischereien u. sonstige Grundstücke

bei Barauszahlung zu kaufen gesucht.

F. Łakomy, Leszno (Lissa i. P.)
Plac Dr. Metziga 20. - Telefon 310.

Zu verkaufen: [8167
Oelbilder, Malvorlagen, Noten, div. Möbel 2c.
Przecznica 10 II r.

Damen-Sommermantel

schick, hellfarbig, fast neu, ist preiswert zu verkaufen.
Poznań, ul. Bukowska 17.
2 Trepp. links.

Ankäufe u. Verkäufe

Pianinos Geldschränke

kauft und erbittet um Beschreibung, Preis (Marke), bei Geldschrank Maß und ob runde oder flache Verschlußriegel [8171

Dybalski, Poznań,
Górna Wilda 15. Tel. 1625.

---

1 Personenomnibus

für 6 Personen, eignet sich auch zur Postsachenbeförderung. Wertgelaß vorhanden.

1 Arbeitswagen

Tragkraft 70—80 Ztr.
zu verkaufen bei [8118

Max Bajon,
Kaszczor (Altkloster).

Roßhaare

kauft jedes Quantum
Kriegsblinder **A. Kaiser,**
8170) Bürstenmacher,
ul. Fabryczna Nr. 4.

Fahrrad-Handlung!

gr. **Reparatur-Werkstatt,** 3 Räume, elektr. Licht, Werkzeug neue Ware, Ladentisch, Regal usw. zum festen Preis v. **50 000 Mk. zu verkaufen.** Gesamtlänge der Räume 23 m, ohne Wohnung. Notwohnung vorhanden. — Offerten unter **Nr. 1344** an **Annoncen-Exped. C. B. „Express"** **Bydgoszcz.** [8164

Arbeitsmarkt

Eberhard Schreiber, Leipzig

Graphische Kunstanstalt
— und Klischee-Fabrik —

sucht rührigen Vertreter.

8168 Angebote nur von branchekundigen Herren unter Angabe bisheriger Tätigkeit erbeten.

Aelt., erfahr. [8163

Buchhalter(in) der Baubranche,

mit allen kaufmännischen Arbeiten bestens vertraut, für mein großes Baugeschäft zum sofortigen Antritt gesucht. Es kommt nur 1. Kraft in Frage. Ausführliche Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Bild erbeten an **Paul Kutz, Baugeschäft, Kattowitz.**

Für 800 Morgen großes Gut, intensive, aber bequeme Rübenwirtschaft wird

Vertrauensperson als selbständig. Verwalter

zum 1. Oktober d. J. gesucht. Besitzer wohnt im Auslande. Angebote unter **F. G. 8069** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Bestempfohl., herrschaftlich. Diener,

verheiratet oder unverheiratet, zum 1. Oktober gesucht.

von Rosenstiel, Lipie, p. Gniewkowo.

Teatr Pałacowy

Vom 24. bis 30. VII. das herrlichste Sensationsdrama der Saison.

Das Spiel ums Leben

die zweite u. letzte Serie a. d. Cykl.: **Die Rache der Djana Wernon.**

Vorstellungen 4½, 6½, letzte um 8½ Uhr.

Während des Umbaues finden unsere Vorstellungen im **Kino Colosseum** statt.

Von der Reise zurück [8173

O. Westphal, Zahn-Atelier.

Polen.

Speditionshaus Rudolf Schimmelfennig G. m. b. H.,

Schneidemühl.

Bahnspedition **Firchau** (Uebergang Konitz—Danzig), **Stentsch** (Uebergang Bentschen—Posen).

Zollspedition, Sammelverkehr, Lagerspeicher und verdeckte Lagerhallen am Anschlußgleis.

Telegramm-Adresse: Speditionshaus. [8165

Wohnungsgesuch!

Ansässige Familie, welche um ihre bisher. Wohnung gekomm. ist, bittet gegen evtl. Vergütg. edeldenkende Herrschaft, die beabsichtigt Posen zu verlassen, um gütige Mitteilung, um evtl. dadurch in Besitz einer anderen Wohnung zu gelangen. Gefl. Mitteil. unt. **8121** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Gold. Damen-Verlobungsring

im Leder-Portemonnaie mit 1300 Mk. bar, auf dem Wege von ul. Zwierzyniecka nach der Dąbrowskiego verloren. Wiederbringer erhält angemess. Belohnung. **Balwińska,** Dąbrowskiego 45 II.

Pension gesucht!

Für ein junges **Mädchen** (Abiturientin, bei deutscher Behörde in Posen tätig) wird ab Mitte August [8126

eine gute Pension gegen gute Vergütung gesucht, möglichst bei Familienanschluß, da Eltern nach Deutschland abwandern. Freundl. Angebote aus musikliebendem Hause werden unt. **„Heimat"** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Photogr. Atelier

„beim Schloss"
(Sw. Marcin 37).

Moderne Porträts

für Legitimationen.
Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Klavier-stimmungen

rein, kl. Rep., a. n. auswärts übernimmt (8171

Max Warschewski,

geprüft. Klavierstimmer,
Wilda, Traugutta 8.

Aelt. Bauführer,

welcher im Veranschlagen und Abrechnen durchaus erfahren ist und dies durch längere Tätigkeit nachweisen kann, nur für Innendienst zum sofortigen Antritt gesucht. Ausführl. Offerten mit Zeugnisabschriften und Bild erbeten an [8162

Paul Kutz, Baugeschäft, Kattowitz.

Maschinenmeister für elektr. Zentrale,
Stärkemeister, Jäger, Diener

sucht zum sofortigen Antritt [8159

Herrschaft Lekow in Kotowiecko, Kreis Pleszew.

Rechnungsführer,

unverh., der polnisch. Sprache in Wort und Schrift mächtig, zum 1. September oder früher **gesucht.** Angebote unter Beifügung der Zeugnisabschriften erbeten an [8153

Gutverwaltung Kiłnowo
Poczta Boguszewo.

Welcher Kollege hätte Lust, mit mir die Stellung zu tauschen. Bin Förster bei einer Herrschaft. Die Stellung ist angenehm und dauernd. Gefl. Angebote unter **P. R. 8135** an die Gesch. d. Bl.

Stellengesuche.

Besseres Fräulein

sucht Posten zu Kindern.

Polnisch und Deutsch.
Offert.: **Łódź, Karola 18 wg 6, Forderer.** [8154

Gutssekretärin,

d. poln. u. dtsch. Sprache mächtig mit längerer Praxis sucht p. bald Stellung auf größerem Gut. Off. u. **Nr. 8172** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Evangel. Erzieherin

gesucht in Landhaushalt, (fr. Provinz Posen), für 3 Kinder 6—10 Jahre alt. Familienanschluß, hohes Gehalt. Ang. mit Zeugnisabschr. u. **H. M. 8136** an die Gesch. d. Bl.

Junger Landwirt, Buchführungskursus absolviert bereits als 2. Rechnf. tätig gew., beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, **sucht** zur Vervollk. per **1. 9. 22 Stellung auf gr. Rentamt.** Gefl. Offert. m. Gehaltsang. unt. **M. 8155** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Jüngerer, erfahrener

Brennereiverwalter,

kath., gelernter Monteur, der polnisch. Sprache in Wort und Schrift mächtig, **sucht,** gestützt auf gute Zeugnisse und Empfehlungen **Stellung vom 1. Oktober 1922.** — Gefl. Offerten an Brennmeister **Neldner,** bei Herrn Czewski in **Gryźlin,** powiat Lubawski (Pomorze). [8158

Aeltere Dame in d. 50 J., wohlerfahren in Haus- und Landwirtschaft, **sucht Stellung zu einer alten Dame oder Herrn als**

Haus- und Gesellschaftsdame.

Gefl. Offert. unt. **Z. 8181** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.